

Wohl-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint wöchentlich zweimal und zwar als Halbblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land (einschließlich der Post für freies Zustellung monatlich 12,00, in den Postgebieten abwärts 11,00 monatlich. Die abgesetzten Tagesblätter der Halle fallen für Abonnenten 12,00, im auswärtigen Vertrieb 11,00. Retonnen die Millimeter-Preis 11,00 im Einzelverkauf und 10,00 im Einzelverkauf. Preis für den Einzelverkauf: 10,00. Die Halle-Zeitung ist ein Mitglied der Deutschen Zeitungswirtschaftlichen Vereinigung.

Der neue Reparations-Wahnsinn.

Allgemeine Entrüstung in der deutschen Presse. — Freude in Frankreich. — Große Unbehagen in Amerika. — Rückfrage der deutschen Regierung.

Unmittelbar vor der Veröffentlichung der neuen Steuerergesse, die das deutsche Volk bis an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit und teilweise darüber hinaus belasten, ist die Entscheidung der Reparationskommission in Berlin eingetroffen. Sie geht (wie wir schon in unserer gestrigen Betrachtung hervorheben) an Schärfe und Unerschrockenheit, an wirtschaftlichen Unverständnis und politischer Unerschrockenheit weit über alles hinaus, was selbst Westmächten vorausgelegt hatten. Sie wirkt unglücklich Deutschlands Schicksal wieder vollständig ins Ungewisse und führt innen- und außenpolitische Krisen herauf, deren Verlauf und Ausgang im Augenblick niemand absehen kann. Ob unter diesen Umständen die Steuererhebung bis Ende dieser Woche, wie geplant war, beendet und als zweites abgebrochen werden wird, ob die im Reichstag umlaufenden Gerüchte einer unmittelbaren beschleunigten Regierungskrise erfüllt werden oder nicht, darüber wir sehr bald Klarheit geschaffen werden.

Der Inhalt der neuen Forderungen der Reparationskommission zerfällt in drei verschiedene Teile. Am wichtigsten wiederum zerfällt der selbsterklärte Zahlungsplan, der sich in großen und geringen an die Bestimmungen des bereits in Cannes vereinbarten waren. Danach sollen die Zahlungsansprüche des Londoner Ultimatus für das Jahr 1922 auf 720 Millionen Goldmark in Barzahlung und auf 1450 Millionen Goldmark in Sachleistungen herabgesetzt werden. Nach dem Londoner Ultimatum hätten wir zwei Milliarden und 26 Prozent von der Ausfuhr zu zahlen gehabt, die im letzten Jahre angeblich eine Milliarde erreicht haben. Statt dieser zusammen 3 Milliarden jährlich, sollen also für 1922 „nur“ 2175 Millionen Goldmark abgezahlt werden. Der ganze Nachschuß beträgt demnach 825 Millionen oder rund 30 Prozent. Das ist wirtschaftlich keine übermäßige Milderung und hinsichtlich immer noch weit mehr, als der Zustand in seiner jetzigen Lage bei der selbsterklärten Selbstbewertung zu leisten imstande ist. Es wird aber überdies noch ausdrücklich betont, daß die Geldleistung sinfälliger wird, falls die Deutsche Regierung oder ihre Organe bei den Sachlieferungen Opposition treiben sollten. Die Entscheidung darüber, ob es Obstruktion oder aus laßlicher Unmöglichkeit die Zahlungen versperrt werden, befaßt sich einseitig die Reparationskommission vor. Damit bleibt das Damoclesschwert unerselblicher Ententeforderungen ständig über dem deutschen Wirtschaftes und Finanzleben schweben und bedroht nicht nur die Kreditfähigkeit und die Gelndung der deutschen Wirtschaft, sondern die Existenz des deutschen Volkes.

Schlimmer als der Zahlungsplan sind die Bestimmungen, die als Garantie für die Durchführung dieses Planes heseznet werden. Es wird nämlich in der Note der Reparationskommission behauptet, die von der Deutschen Regierung angebotenen Maßnahmen und Garantien, die in dem bekannten weitgehenden Tarifserhöhungen und in den 14 neuen Steuerergesse bestehen, seien ungenügend. Die Reparationskommission fordert deshalb eine Zulagebestimmung, die eine völlige Deckung des Reichshaushautes einschließlich der Reparationsschuld sicher stellt. Auf Grund der Nachprüfung des deutschen Reichshaushautes kommt hierbei die Entente zu der Forderung einer Zulagesteuer von 60 Milliarden Papiermark, also zur Forderung einer Verdoppelung der bisherigen neuen Steuer. Dabei wird aber noch verlangt, daß sich die Zulagebestimmung automatisch einer etwa fortwährenden deutschen Geldumwertung anpassen, und daß diese neue Steuerart bis zum 31. Dezember 1922 herab auf 40 Millionen Papiermark herabgesetzt werden soll. In welcher Form diese neue Steuer auszuführen sei, das überläßt man größtenteils der Erfindungsgeist der deutschen Steuerfachverständigen; man schreibt ihnen nur vor, daß die Veranlagung möglichst einfach sein müsse, um schnelle Erfolge zu haben. Von allen steuerrechtlichen Verleuten dieser Forderung abgesehen, werden sie das deutsche Wirtschaftes und Finanzleben derart belasten, daß die deutsche Wirtschaft in immer tieferen Linien und das zu denkende Defizit im Reichshaushalt immer größer sein muß.

Gerade unangeheuerlich und unannehmbar sind aber schließlich die Kontrollmaßnahmen, die die Reparationskommission vorschlägt. Sie will durch ihren Garantienverschleiß nicht nur in jedem Augenblick nachprüfen, ob die deutsche Steuererhebung den neuesten Forderungen genügt, und welche Ertragsquelle sie bringt, sondern sie befaßt sich eigene Eingriffe in die deutsche Finanzpolitik vor für den Fall, daß nach Ablauf fünf bemessener Fristen die von ihr vorgeschriebenen Maßnahmen nicht ergriffen worden sind oder sich nicht als ausreichend erwiesen haben. In diesem Falle will sie nicht nur eine Erhöhung der deutschen Einnahmen, sondern auch eine Verminderung der Ausgaben anordnen können. Das bedeutet in Wirklichkeit also die Befugnis der Reparationskommission, jederzeit von sich aus Steuern auszuheben, Zölle zu erhöhen oder aber Minderbezahlung von Beamten und Staatsarbeitern, Entlassung von nach ihrer Ansicht überflüssigen Beamten und andere einschneidende Maßnahmen zu treffen. Das geht weiter über

die Finanznachschuß früherer Zeiten hinaus und übertrifft an demütigender Härte selbst die Vorschriften, die sich die Türkei und andere bankrotte Staaten früher gefallen lassen mußten. Demgegenüber spielen die weiteren Forderungen, die die Kontrolle über die Ausfuhr, über den Eingang der Devisen, über die Rückkehr der nach dem Zustand geschaffenen Kapitalien, die Verteilung der Kaputtlasten und die volle Unabhängigkeit der Reichsbank betreffen, eine verhältnismäßig nebensächliche Rolle. Wie zum Lohn wird schließlich noch von dem demütigsten geschwungenen deutschen Volk eine innere deutsche Anleihe neben der Zwangsanleihe bis zum 30. April und der Entwürfe der Zwangsanleihe bis zur Aufhebung einer früheren Anleihe sowie der Berücksichtigung einer Vorkriegsfinanzpolitik wirtschaftlicher und finanzieller Art gefordert. Als ob in Deutschland und im Ausland noch Finanzkräfte vorhanden wären, die nach solchen Bedingungen Geld für innere oder äußere Anleihen herausgeben!

Die Auswirkungen dieses neuesten Ententewahnsinns müssen zunächst mit möglicher Ruhe und innerer Geschlossenheit abgewartet werden. Zehntausend nur noch einigkeit und Festigkeit vor dem Untergange retten.

Kabinettsprechung über die Reparationsnote.

Donnerstag vormittag fand in der reichsamtlichen eine Besprechung über die Reparationsnote statt, an der außer dem Reichskanzler der Reichsminister des Auswärtigen, der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsarbeitsminister teilnahmen. Staatssekretär Fischer, der Vorsitzende der deutschen Kriegskosten-Kommission, erstattete Bericht über seine Einträge in Paris und über die Note der Reparationskommission. Die weitere Prüfung erfolgt zunächst durch die beteiligten Ressorts. Die für Donnerstag nachmittag anberaumte Sitzung des Kabinetts ist auf heute verlegt worden.

Die deutschnationale Fraktion des Reichstages beschäftigte sich Donnerstag vormittag mit der Note der Reparationskommission. Außerdem fand eine Vorstandssitzung der deutschen Sozialpartei statt und die Reichs- und Landtagsparlamentarier der demokratischen Partei traten ebenfalls zusammen. Wann der auswärtige Ausschuss sich mit der Reparationsnote befassen wird, ist nach der Vertagung der Kabinettsitzung noch fraglich.

Ämliche Rückfrage nach Paris.

Die Reichsregierung hat beschlossen, zunächst einige Nachfragen nach Paris zu richten, um nähere Aufklärungen über einzelne Punkte der Reparationsnote zu bekommen.

Preffesche der Pariser Bedingungen.

Die gesamte Berliner Presse ist einmütig über die Unerschrockenheit und Unmöglichkeit der Forderungen der Reparationskommission.

Die „Vossische Zeitung“ (dem.) schreibt unter der Überschrift „Das unglückliche Rezept“: Die neuen Steuern im Jahresbetrage von 60 Milliarden, die die Reparationskommission verlangt, sollen indirekt, also Verbrauchs- und Verbrauchsteuer sein. Man will es nicht sehen — dann muß das Schuldenverhältnis Deutschlands zu den Alliierten jedoch wie möglich in einem normalen Gemäß werden, wie es in einem mit dem Geschicklichen Beschick d. h. es muß ein Ende haben mit dem Spiel der Zwangsverpflichtungen und der kaum noch verklärten Schuldneuschuld.

Die „Deutsche Tageszeitung“ (Deutschland-anwalt) betont, die Forderung der Entente bedroht den realsten Zusammenhang der Erfüllungspflichtiger Wirtschaften, die namentlich gerade den entgangenen Weltkrieg gezeichnet hat. Das ist dem Umstände ergäbe sich wiederum die Tatsache, daß wir in einem neuen innerpolitischen Krisis stehen, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind.

Die „Tägliche Rundschau“ spricht von einem Stütz aus dem Totenhaus.

Das „Berliner Tageblatt“ sieht einen Zustand herauszufinden, der noch erheblich über dasjenige hinausgeht, was die

Türkei und andere Staaten sich in früheren Zeiten als fremdlandische dote publicus gefallen lassen müßten.

„Lagebericht“ schreibt: Die gesamte deutsche Presse sowohl die sozialdemokratische als die sozialistische nehmte die Zugeständnisse der Reparationsnote mit Wohlgefallen und entließ sich auf, daß die Alliierten dies einmal gemacht hätten, hätten die Reparationsforderungen aufzuheben, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Kapital verpflichtet seien, vernichtende Lasten zu tragen, sei die Klarheit selbst. Aber wer trägt die Schuld daran? Die Verantwortlichen für die Deutschen aller Klassen und aller Parteien schmerzlich. Aber im Jahre 1914, in dem die Augenblicke, in dem die deutsche Heere die französischen Provinzen besetzten, hätten sie sich nicht lagern lassen. In dem Augenblicke, in dem das deutsche Volk sich über die Härte der Alliierten entsetzt, müsse man sich fragen, ob es mit der gleichen Geduld und Milde vorgegangen wäre, wenn es gegen sie liegt hätte.

Frankreichs Siegestraume.

Dubois wird begünstigt. — Wohnung zur Festigkeit.

Paris, 22 März. Zu der Entscheidung der Reparationskommission über die deutschen Zahlungen für das Jahr 1922, die Finanzorgane und die Finanzkontrolle, schreibt die „Reformation“, das in Cannes vom Vortier Rat entworfenen Memorandum werde Deutschland zugestanden, aber es sei völlig abhängig gemacht von den Garantien und der Durchführung der Finanzkontrolle. Der französische Vertreter Dubois habe es also erreicht, die französische Aufassung durchzusetzen, nachdem lange ein Mon Brardoux-De la Croix erörtert worden sei, dem sich schließlich auf der italienische Delegation angegeschlossen hätte, der aber zum Teil abgelehnt worden sei.

„Reit Vorwärts“ schreibt: Die gesamte deutsche Presse sowohl die sozialdemokratische als die sozialistische nehmte die Zugeständnisse der Reparationsnote mit Wohlgefallen und entließ sich auf, daß die Alliierten dies einmal gemacht hätten, hätten die Reparationsforderungen aufzuheben, daß die deutsche Wirtschaft und das deutsche Kapital verpflichtet seien, vernichtende Lasten zu tragen, sei die Klarheit selbst. Aber wer trägt die Schuld daran? Die Verantwortlichen für die Deutschen aller Klassen und aller Parteien schmerzlich. Aber im Jahre 1914, in dem die Augenblicke, in dem die deutsche Heere die französischen Provinzen besetzten, hätten sie sich nicht lagern lassen. In dem Augenblicke, in dem das deutsche Volk sich über die Härte der Alliierten entsetzt, müsse man sich fragen, ob es mit der gleichen Geduld und Milde vorgegangen wäre, wenn es gegen sie liegt hätte.

Der „Figaro“ prüft die deutschen Finanzen und stellt ihnen gegenüber, was die Entente von Deutschland an Zahlungen erwarte. Das Blatt kommt zu dem Schluß, es liehe übertrieben, allerdings nicht von einer durch den Staat gewollten Sabotage zu sprechen. Die Sabotage habe bestehen können, aber die Anordnung sei zu erst, und das Leben des Landes zu tief ergriffen, daß der Wunsch, die Arbeit zu helfen, für ausführlich gehalten werden könne.

Die englische Auffassung.

Die englischen Blätter berichten ausführlich über die Behauptung, die der Beschluß der Reparationskommission in Berlin hervorgehoben habe. Der Berichterstatter der „Times“ schreibt, das Finanzprogramm der Reparationskommission werde von allen Seiten als unmöglich und das Garantiesystem als mit der Würde eines souveränen Staates unvereinbar bezeichnet. Nachdenkliche Leute, mit denen er in Berlin gesprochen, hofften, daß die letzte Note nicht als ein Ultimatum, sondern als Grundlage zu weiteren Erörterungen angesehen werde. Unter Hinweis darauf, daß in parlamentarischen Kreisen bereits von der Möglichkeit einer Regierungskrise gesprochen werde, fürchtete der Korrespondent: Lutz, die Lage unbefangenen betrachten, hoffen erwidert, daß es nicht dazu kommen werde. Trotz aller Schwächen und Mängel biete die englische Koalition unter Wirth noch immer die größte Aussicht auf Aussicht. Jede Alternative nach links oder rechts würde wirtschaftlich Deutschland und damit das gesamte Reparationsproblem in eine weit schlimmere Lage bringen. Die neue Lage sei vollständig gekommen, das sei nur möglich sei, ihre unmittelbare Wirkung abzuwarten.

Beunruhigung in Amerika.

Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ schreibt, die amerikanischen Regierungskreise seien beunruhigt über die gemeldete Vereinfachung der Reparationskommission in Bezug auf die deutschen Zahlungen und die Kontrolle, die die Kommission in Deutschland ausüben beabsichtigt. Es bestände Ursache wegen der Stellung Amerikas gegenüber Deutschland.

In einer Meinung des Washingtoner Berichterstatters der Times heißt es, man sei der Auffassung, daß die Reparationskommission in Deutschland einsetzende eine sehr weitreichende Kontrolle erziehen wolle, und die Art, in der die letzte amerikanische Forderung nach Festlegung der militärischen Ausgaben für die militärische Beilegung aufgenommen wurde, werde eine Bedeutung der Art und Weise angehen, in der die Kontrolle wahrscheinlich ausgeübt werden würde, um die amerikanischen Interessen zu beinträchtigen.

